

Militär und zivile Gesellschaft

Autor(en): **Stäubli, J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **140 (1974)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-48846>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Militär und zivile Gesellschaft

Bearbeitet von Major i Gst J. Stäubli

Redaktionelle Vorbemerkung: Nachfolgende Gedanken über die Integration der Streitkräfte in die industrielle Gesellschaft entstammen dem Weißbuch 1973/74 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, herausgegeben im Auftrag der Bundesregierung vom Bundesminister der Verteidigung (S. 49ff.), und beziehen sich auf bundesdeutsche Verhältnisse. Den rechtfertigenden Unterton darf denn auch der schweizerische Leser überhören. Die grundsätzlichen Betrachtungen über den Stellenwert der Armee in der Industriegesellschaft haben indessen zweifellos auch für uns Bedeutung und Gültigkeit. Sbr

Bürger und Soldaten

Wehrdienst ist kein Ausnahmezustand der Demokratie. Die Idee des Staatsbürgers in Uniform bestimmt den Geist der Streitkräfte. Sie ist zugleich die Klammer, die Militärdienst und zivile Lebensordnung miteinander verbindet. Die Bundeswehr ist in dieser Gesellschaft kein Fremdkörper. Ihre Soldaten sind vom arbeitsteiligen Produktionsprozeß nicht ausgeschlossen. Ihr Dienst gewährleistet die Entfaltung von Leben und Arbeit in freier Selbstbestimmung. Darin besteht die Leistung der Bundeswehr. Diese Aufgabe kann von keiner anderen staatlichen oder gesellschaftlichen Großorganisation übernommen werden. Die Streitkräfte dokumentieren den Selbstbehauptungswillen der Bürger gegenüber äußerer Bedrohung und Gewaltanwendung.

Die Bundeswehr ist keine geschlossene Gesellschaft. Sie ist ein Exekutivorgan unseres Staates und ist der parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Streitkräfte sind im Unterschied zu allen anderen Großorganisationen ein außerordentliches Machtpotential. Die in den Wehrgesetzen verankerte Kontrolle der bewaffneten Macht muß daher politisch und gesellschaftlich bewußt wahrgenommen werden. In der demokratischen Gesellschaft gibt es auch für das Militär keinen kritikfreien Schonraum: Die Bundeswehr stellt sich der öffentlichen Diskussion. Diese Grundgedanken bestimmen das Verhältnis von Bundeswehr und Öffentlichkeit, von Bürgern in Zivil und Bürgern in Uniform.

Industrielle Gesellschaft und Militär

Für die große Mehrheit der Bevölkerung sind Bundeswehr, NATO, Wehrpflicht und Verteidigungshaushalt keine Diskussionsthemen. Die Einstellung zu den Streitkräften schwankt von eher wohlwollend bis gleichgültig. Nur Minderheiten lehnen die Bundeswehr ab. Die Grundeinstellung der Bürger zu Bundeswehr und NATO läßt sich mit den Begriffen der «wohlwollenden Indifferenz» oder der «passiven Zustimmung» umschreiben. Es ist eine Haltung, die gegenüber anderen Großorganisationen und supranationalen Einrichtungen auch beobachtet werden kann.

Dieses Meinungsbild beruht weder auf persönlichem Desinteresse noch auf antimilitärischer Einstellung. Es ist auch nicht Folge militärischer Abkapselung gegenüber der Zivilgesellschaft. Die indifferente Haltung der Mehrheit ergibt sich geradezu zwangsläufig aus der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Kennzeichen moderner Industriegesellschaften ist eine immer weitergehende arbeitsteilige Verästelung und Verfeinerung des Gesamtsystems in eine Vielfalt sich immer feiner und spezialisierender Teilbereiche. Dieser Prozeß kann am augenfälligsten in der Gütererzeugung beobachtet werden, gilt aber auch für den staatlichen und privaten Dienstleistungsbereich, für Kultur, Bildung und Wissenschaft.

Fortschreitende Spezialisierung der Gesellschaft in immer mehr

Teilgebilde schafft Distanzprobleme. Es wird immer schwieriger, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. In jedem Beruf, in jeder Organisation herrschen eigene Voraussetzungen, Bedingungen, Notwendigkeiten, gibt es von unterschiedlichen Interessenlagen bestimmte Vorstellungen und Weltbilder, werden andere Anforderungen gestellt. Kein Gesellschaftsmitglied ist heute mehr in der Lage, die Vielzahl gesellschaftlicher und staatlicher Teilgebilde noch vollständig zu überschauen.

Kenntnis und Verständnis der Teilsysteme setzt Lernen und Verstehen der maßgebenden Notwendigkeiten, der Teilrationalitäten, voraus. Moderne Sicherheitspolitik ist aber nicht leicht verständlich. Die Vielfalt der Vertragswerke, das Zusammenspiel von internationaler Politik und nationaler Sicherheit, die enge Verflechtung der Bundeswehr in einem internationalen Bündnis, die Fachsprache der Experten, die rasche Entwicklung der Militärtechnologie haben den komplexen Sachverhalt moderner Sicherheitspolitik ergeben.

Eine distanzierte Haltung des Bürgers zum Staat und damit auch zu den Streitkräften kennzeichnet – mit Unterschieden von Land zu Land – industriell entwickelte und demokratisch verfaßte Gesellschaften. Die Situation in unserem Land stellt mithin keinen Sonderfall dar. Das zivil-militärische Verhältnis ist in den uns vergleichbaren Staaten mit entsprechendem politischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand prinzipiell gleich. Die Beziehungen von Militär und Gesellschaft sind in erster Linie von strukturellen Bedingungen und nicht von individuellen Faktoren oder positiven und negativen historischen Erinnerungsbildern bestimmt.

Zivilisten und Soldaten befinden sich in der Normalität, wenn sich beide Seiten mit selbstverständlicher Bereitschaft und Offenheit begegnen. Gesellschaftliches Vertrauen gegenüber spezialisierten Teilsystemen, die vom Bürger kaum überschaut werden können, äußert sich im allgemeinen als wohlwollende Gleichgültigkeit: Einer Großorganisation gegenüber, der man nicht traut, ist man nicht gleichgültig. Die Ausdrucksform des Vertrauens ist selbstverständlich Hinnahme des Bestehenden. Die Bundeswehr ist integriert, wenn sie im Bewußtsein des Bürgers so nüchtern und selbstverständlich aufgenommen wird wie andere Staatsorgane auch. Niemand wird verlangen, daß der Bürger der Polizei, der Justiz oder anderen staatlichen Einrichtungen gefühlbestimmte Einstellungen entgegenbringt. Die Normalität des zivil-militärischen Verhältnisses beruht nicht auf Gefühlen, sondern auf der Selbstverständlichkeit alltäglicher Begegnungen von Bürgern in Zivil und Bürgern in Uniform.

Verteidigungsbereitschaft oder Wehrwille oder Wehrmotivation der Bevölkerung bedürfen nicht der ideologischen Steuerung. Der Wille zur Selbstbehauptung, notfalls zur bewaffneten Verteidigung der freiheitlichen Lebensweise benötigt kein Feindbild. Verteidigungsbereitschaft ist gegeben, wenn dem politischen Gesamtsystem mehrheitlich zugestimmt wird. Besteht in dieser Hinsicht gesellschaftliche Übereinstimmung, wird die Legitimität des politischen Systems gemeinhin anerkannt, dann sind darin auch die Streitkräfte eingeschlossen. Auch sie werden von dieser Zustimmung getragen. Damit ist zugleich Verteidigungsbereitschaft gegeben. Einen von politischen Bedingungen isolierten und verselbständigten Wehrwillen, eine von der politischen und gesellschaftlichen Willens- und Bewußtseinsbildung abgetrennte und insofern absolut gesetzte Verteidigungsbereitschaft kann es nicht geben. Die gesellschaftliche Zustimmung zum politischen Gesamtsystem umfaßt auch die Streitkräfte. Sie werden als selbstverständliches Instrument staatlicher Existenzsicherung empfunden. Auch der Verteidigungshaushalt ist eine Grundlage staatlicher Selbstbehauptung.